

Im Vorfeld des Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch: bff Fachberaterinnen melden steigende Anfragen von Betroffenen

Am Freitag kommen die Teilnehmer/innen des Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch zum ersten mal in Berlin zusammen. Der bff begrüßt die Initiativen der Bundesregierung, mit Vertreter/innen betroffener Institutionen und Fachkräften in einen Austausch über Präventions- und Interventionskonzepte zu treten. Zugleich bedauert der Verband sehr, als Zusammenschluss von rund 150 Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen, die seit 30 Jahren Unterstützungs- und Aufklärungsarbeit zum Thema sexualisierte Gewalt leisten, nicht mit einer Vertreterin am Runden Tisch dabei zu sein.

Täglich erfahren die bff Fachberaterinnen von aktuellen oder zurückliegenden sexuellen Übergriffen und Gewalt. Diese finden durch Bekannte oder Verwandte, in Sportvereinen, Musikschulen, Pfadfindergruppen, kirchlichen Einrichtungen, Schulen oder Heimen statt. Ausgelöst durch die breite Berichterstattung melden sich nun unablässig weitere Betroffene zu Wort, so dass die Beratungsstellen aktuell bundesweit einen Anstieg von Beratungsanfragen von Frauen melden, die einen Jahre zurückliegenden Missbrauch nun bearbeiten wollen.

Es ist positiv hervorzuheben, dass momentan in den Medien eine breite gesellschaftliche Debatte zum Thema sexueller Missbrauch in Institutionen stattfindet. Betroffene von Übergriffen, Missbrauch und Misshandlungen haben es gewagt, das Schweigen zu brechen und ihre Erlebnisse den betreffenden Institutionen und der Öffentlichkeit offenbart. „Dennoch gilt es“, so Katja Grieger, die Leiterin der Geschäftsstelle des bff, „bei aller gesellschaftlichen Offenheit für das Thema den jahrelangen Geheimhaltungsdruck nun nicht durch einen Offenbarungsdruck abzulösen. Die Entscheidung, über das Erlebte zu sprechen, muss immer bei den Betroffenen selbst liegen.“ Grieger fährt fort: „Wir bekommen rückgemeldet, dass es für die Betroffenen durchaus wichtig ist, wer sie berät. Viele wenden sich ganz bewusst an unsere unabhängigen spezialisierten Frauenberatungseinrichtungen.“

Im Rahmen der aktuellen Entwicklungen macht der bff weiterhin darauf aufmerksam, dass aufgrund der unzureichenden Finanzierung in den Beratungseinrichtungen ein Anstieg der Beratungsnachfrage dort nur mit größtem Engagement bewältigt werden kann. Dazu Grieger: „Wir sehen als besondere Aufgabe der Politik, die bestehenden und bewährten unabhängigen Unterstützungsstrukturen und Präventionsangebote so abzusichern und auszubauen, dass allen Betroffenen adäquate Angebote gemacht werden können.“ So können z.B. Frauen mit Behinderungen bislang nur unzureichend versorgt werden, weil den Beratungsstellen schlicht die finanziellen Mittel fehlen, barrierefreie Angebote zu machen. „Dabei sind behinderte Frauen in besonderem Maße bedroht, Opfer von Übergriffen zu werden, weil sie vielfach in Abhängigkeitsverhältnissen leben. Dies ist ein Aspekt, der in der aktuellen Debatte noch nicht ausreichend thematisiert wird“, erläutert Grieger weiter.

Weiterhin weist der Verband drauf hin, dass es nun gilt, bestehende Möglichkeiten des Opferschutzes im Strafverfahren konsequent auszuschöpfen und fordert außerdem unter anderem, eine repräsentative Dunkelfeldstudie zur Verbreitung sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen durchzuführen.

Eine ausführliche Stellungnahme des bff zum Thema ‚Missbrauch in Institutionen‘ ist auch auf der Homepage des Verbandes einzusehen.

Informationen zum Thema sowie zur Arbeit des Bundesverbandes Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) unter: www.frauen-gegen-gewalt.de oder Tel.: 030/32299500

V.i.S.d.P.: Anita Eckhardt